

Manfred Lohmann

# Die Parteien im ukrainischen Parlament

Vor den Präsidentschaftswahlen  
am 31. Oktober 1999

**Korruption und Patronage, mafiöse Strukturen und fehlendes Demokratiebewußtsein prägen vielfach das Erscheinungsbild der Parteien der Ukraine, der nicht Programme, sondern Persönlichkeiten, meist ehemalige Kader aus der Sowjetzeit, ihr Profil verleihen. Auch das 1997 reformierte Wahlrecht hat weder zu einer Stärkung des Bürgervertrauens noch zu der erhofften Strukturierung des Parlaments geführt, dessen Zusammensetzung die Unübersichtlichkeit der ukrainischen Parteien widerspiegelt: Während die kommunistische KPU für eine russisch-weißrussisch-ukrainische Union kämpft, führen die übrigen Linksparteien – Sozialisten, Bauernpartei, PSP und Hromada – ein Leben am Rande der politischen Bedeutungslosigkeit. Dies gilt weitgehend auch für die Parteien des Zentrums – SDPU(v), DVP, Grane, Rukh sowie ‚Ordnung und Reformen‘ –, von denen allenfalls SDPU(v) und Rukh mit ihrem Engagement für die soziale Marktwirtschaft bzw. den Rechtsstaat als ernstzunehmende politische Kräfte gelten können.**

Zum Verständnis der recht unübersichtlichen Parteienlandschaft in der Ukraine sind einige Anmerkungen vorzuschicken: Im Unterschied zu den ostmitteleuropäischen Reformländern (Polen, Tschechien, Ungarn) hat es in den osteuropäischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion keinen Elitewechsel gegeben. An allen Schaltstellen von Wirtschaft und Politik sitzen die alten Kader aus sowjetischer Zeit, die fast durchweg aus den Parteischulen und insbesondere dem Komsomol hervorgegangen sind. Besonders eng ist die Verfilzung zwischen Politik, Wirtschaft und Verwaltung, welche auch die ohnehin nur halbherzig betriebenen Privatisierungsmaßnahmen hat im Sande verlaufen lassen. Aus Manipulationen mit russischen Erdöl- und Erdgaslieferungen in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit sind dem Staatshaushalt Milliarden Dollar entzogen worden (die bekannteren Fälle der früheren Premiers Zwjagilskij und Lasarenko sind nur die Spitze eines Eisbergs), und die ‚roten Direktoren‘ insbesondere im Energie-, Schwerindustrie- und Kolchoskomplex haben sich u.a. durch die Kupon-Privatisierung hemmungslos bereichert und das Vertrauen in den Aufbau einer ‚Marktwirtschaft‘ bei der Bevölkerung nachhaltig zerstört. Auch ist das Vertrauen der Bevölkerung in den Aufbau eines ukrainischen Rechtsstaats aufgrund allgegenwärtiger Korruption, Patronage, Bürokratie und mafiöser Strukturen in Wirtschaft, Politik und Verwaltung noch sehr gering.

Gänzlich anders geprägt sind die aus der Oppositionsbewegung der achtziger Jahre, den Helsinki-Foren und der Umweltbewegung nach der Tschernobyl-

nobyl-Katastrophe von 1986 hervorgegangenen Dissidentengruppen, die sich zunächst in einer – vor allem auch die Jugend mobilisierenden Unabhängigkeitsbewegung – unter dem Dach von Rukh zusammenfanden, denen es aber aufgrund von Flügelkämpfen und der Aufsplitterung in eine Vielzahl von konkurrierenden Parteien nicht gelungen ist, die Mehrheit der Bevölkerung für sich zu gewinnen.

Kennzeichnend für die ukrainische Parteienlandschaft ist, daß nicht Programme oder die weltanschauliche Ausrichtung, sondern Persönlichkeiten sowohl parteiintern als auch in der Außenwirkung bestimmend sind. Kaum eine der Parteien hat sich bisher ein Grundsatzprogramm gegeben. Manche Parteien haben sich Namen gegeben, die dem westlichen Parteienverständnis vertraut sind (sozialdemokratisch, liberaldemokratisch, christdemokratisch), die jedoch in die Irre führen. Von dürren Entlehnungen aus der Programmatik ihrer westlichen Schwesterparteien abgesehen, handelt es sich mehrheitlich um ‚Etikettenschwindel‘ mit dem Ziel, Unterstützung aus dem Westen zu erhalten. Weiter fehlt es an erfahrenen und gutinformierten Fachleuten vor allem für Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik, welche zur Schärfung der Parteiprogrammatik beitragen könnten. Insofern sind die jeweiligen Wahlkampfaussagen auch kaum voneinander zu unterscheiden. Sie sind voll von Versprechungen über die Aufhebung ökonomischer und sozialer Mißstände, ohne seriöse Strategien für deren Umsetzung einschließlich der Finanzierung darzulegen. Sie dienen somit eher zur Verwirrung als zur Aufklärung des Wählers.

Nach innen besteht ein Defizit an innerparteilicher Demokratie. Meinungsverschiedenheiten werden nicht offen ausgetragen. Abweichler werden unter Druck gesetzt oder es werden gezielte Verleumdungen in den Medien lanciert. Die Folge ist, wie in den letzten Monaten mehrfach geschehen, die Spaltung der Partei oder Fraktion.

Ein weiteres Problem stellt die Parteienfinanzierung dar. Außer einem kleinem Wahlkampffonds für Kandidaten gibt es keine staatliche Parteienfinanzierung. Das Parteiengesetz, welches hierzu eine Reihe von Regelungen vorsieht, ist immer noch nicht vom Parlament verabschiedet. Als Folge sind mit Ausnahme der Kommunisten und Sozialisten, die auf

■ Kennzeichnend für die ukrainische Parteienlandschaft ist, daß nicht Programme oder die weltanschauliche Ausrichtung, sondern Persönlichkeiten sowohl parteiintern als auch in der Außenwirkung bestimmend sind.

noch weitgehend intakte frühere Strukturen und Ressourcen zurückgreifen können, fast alle Parteien abhängig von sogenannten Business- und Finanzclans, die wiederum mehrheitlich auf alte Seilschaften aus sowjetischer Zeit zurückgehen. Einige Clanchefs haben sich sogar eigene Parteien geschaffen (Beispiel: der frühere Premier Lasarenko, Hauptkonkurrent von Präsident Kutschma im dominanten Dnepropetrowsker Clan mit seiner 1997 gegründeten Partei Hromada).

Das in der neuen Verfassung von 1996 zum Ausdruck kommende Präsidialsystem und der Dauerkonflikt zwischen Exekutive und Legislative ist nicht darauf angelegt, die Rolle der politischen Parteien zu stärken. Die Regierung wird nicht aus dem Parlament heraus gewählt, sondern der Präsident ernannt und erläßt (mit Zustimmung des Parlaments) den Premierminister, der, wiederum in Abstimmung mit dem Präsidenten, sein Kabinett bildet oder umbildet. Von daher besteht kein Zwang zur programmatischen Abstimmung zwischen den Fraktionen in Richtung auf eine denkbare Koalitionsregierung. Auch kann so keine eigentliche Opposition als Alternative entstehen. Entsprechend unvorhersehbar ist auch das Abstimmungsverhalten im Parlament.

■ 1997 wurde ein neues Wahlrecht eingeführt: ein gemischtes Wahlsystem mit einfacher Mehrheitswahl in 225 Direktwahlkreisen und der Wahl weiterer 225 Kandidaten nach dem Verhältniswahlsystem mittels Parteilisten und Vier-Prozent-Klausel.

1997 wurde ein neues Wahlrecht eingeführt: ein gemischtes Wahlsystem mit einfacher Mehrheitswahl in 225 Direktwahlkreisen und der Wahl weiterer 225 Kandidaten nach dem Verhältniswahlsystem mittels Parteilisten und Vier-Prozent-Klausel. Die damit erhoffte Strukturierung des neuen Parlaments hat nur ansatzweise stattgefunden. Es bildeten sich zunächst acht Fraktionen, unter Einbeziehung eines Großteils der meist parteilich ungebundenen direkt gewählten Abgeordneten, doch haben sich inzwischen durch Abspaltungen weitere Fraktionen formiert. Diese neuen Fraktionen sind eher Klientelgruppen um finanzstarke Oligarchen und ohne inneren programmatischen Zusammenhalt. Im Grunde genommen dienen sie vor allem dazu, bestimmten Präsidentschaftskandidaten eine zusätzliche Wahlplattform zu bieten.

Im folgenden werden die seit der Wahl vom 29. März 1998 im Parlament vertretenen Parteien und die von ihnen gestützten Kandidaten für die Präsidentschaftswahl am 31. Oktober 1999 skizziert.

Die Tabelle im Anhang gibt eine Übersicht über die Fraktionen und Abgeordnetengruppen im Parlament mit der Anzahl der Sitze, dem Wahlergebnis vom 29.3.1998 nach Parteilisten, der Anzahl der Parteimitglieder und den Vorsitzenden.

## ■ Die Linke

### *Die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU)*

Die KPU wurde im Oktober 1993 neu registriert, nachdem die frühere KPdSU 1991 verboten worden war. Die KPU kann sich auf ihre alten Parteistrukturen bis hinunter auf die Dorfebene, vor allem im Osten und Süden des Landes, stützen und hat mit 140 000 die weitaus höchste Mitgliederzahl von allen Parteien.

Das KPU-Manifest vom Dezember 1997 ruft zu einer Wiederherstellung der Sowjetunion bzw. einer russisch-weißrussisch-ukrainischen Union auf und beschuldigt den Präsidenten und die Regierung, für den politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch verantwortlich zu sein. Die Ukraine sei inzwischen zu einer Marionette der NATO und westlicher Finanzinstitutionen verkommen. Die KPU ist gegen das Präsidialsystem und für eine größere Macht des Parlaments und der Arbeiterräte. Sie ist gegen die Privatisierung, für Nationalisierung der Industrien und Banken und grundsätzlich gegen das Privateigentum. Ihre Kampagne bei der Parlamentswahl zielte vor allem auf Rentner und Pensionäre sowie Arbeiter und Angestellte, die seit Monaten keine Gehälter erhalten hatten. Das Durchschnittsalter der Mitglieder liegt bei 55 Jahren. Der Parteiführer Petro Simonenko, ein rhetorisch unbegabter Apparatschik ohne jegliches Charisma, stellte seine Kampagne auf den hohen Bekanntheitsgrad der Partei ab.

Daß die Kommunisten bei der Parlamentswahl vom 29. März 1998 stärkste Partei werden würden, war keine allzu große Überraschung angesichts der unter ihrer Wählerklientel (insbesondere Rentner, Veteranen, Arbeitslose und Industriearbeiter) weit verbreiteten Verbitterung über die tiefe sozioökonomische Krise. Ihr Wahlergebnis von 24,65 Prozent lag weit über den Meinungsumfragen vor der Wahl, die zwischen zwölf und 17 Prozent der Wahlbevölkerung schwankten. Dieses Ergebnis deutet nicht nur

■ **Das KPU-Manifest vom Dezember 1997 ruft zu einer Wiederherstellung der Sowjetunion bzw. einer russisch-weißrussisch-ukrainischen Union auf.**

auf die in weiten Teilen des Landes noch intakten Strukturen der alten KPdSU hin, sondern zeigte auch, daß viele Wähler, die sich bei Meinungsumfragen noch unentschlossen gezeigt hatten, mehr aus Protest denn aus Überzeugung dieser Partei ihre Stimme gaben. Die Kommunisten erhielten 122 Mandate (84 über die Parteilisten und 38 aus den Direktwahlkreisen). Die Kommunistische Fraktion ist nicht nur bei weitem die stärkste im ukrainischen Parlament, sondern auch als einzige bisher stabil geblieben.

Die KPU-Führung hat bisher noch nicht entschieden, ob Simonenko als Präsidentschaftskandidat antritt. Seine Parteimitglieder haben sich bei einer kürzlichen Umfrage mit über 95 Prozent für seine Kandidatur eingesetzt. Für sich selber sieht er realistisch keine wirklichen Chancen, sondern baut auf ein ‚Bündnis der Linkskräfte‘ (zusammen mit den Sozialisten, der Bauernpartei und eventuell der Hromada), welche auf Verfassungsänderungen in Richtung auf eine Räterepublik und die Demontage des Präsidentsystems hinzielen. Politische Beobachter sind der Ansicht, daß Simonenko im ersten Wahlgang eventuell die Mehrheit erreichen könnte, aber im zweiten verlieren würde, wohingegen der Sozialistenchef Moros mit Unterstützung der Kommunisten erfolgreich sein könnte.

#### *Sozialisten / Bauernpartei*

Sozialisten und Bauernpartei formierten nach Bildung einer gemeinsamen Parlamentsfraktion im April 1997 eine Wahlallianz, zu welcher sich später noch einige kleinere linke Organisationen gesellten. Hauptslogan für die Parlamentswahl war die „Opposition gegenüber dem Kurs des Präsidenten und der Regierung“ angesichts der tiefen Krise der Ukraine.

Die Sozialistische Partei wurde im Oktober 1991 von früheren KPU-Mitgliedern gegründet. Ihr Chef Olexander Moros war Parlamentspräsident von 1994 bis 1998 und Hauptsprecher der linken Allianz in der Werchowyna Rada. Moros gilt als einer der stärksten Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 1999. Obwohl häufig gemeinsam abstimmend mit den Kommunisten, rücken einige Sozialisten aus der Umgebung von Moros neuerdings eher in eine sozialdemokratische Richtung. Trotz seiner Opposition zum Präsidenten war Moros der Hauptarchitekt bei der Mehrheitsbe-

■ **Hauptslogan für die Parlamentswahl war die „Opposition gegenüber dem Kurs des Präsidenten und der Regierung“ angesichts der tiefen Krise der Ukraine.**

schaffung im Parlament für die neue Verfassung von 1996 und weitere vom Präsidenten vorgeschlagene Gesetze.

Die 1992 gegründete Bauernpartei hat eine vorwiegend ländliche Mitgliedschaft mit hohem Anteil von Kolchosdirektoren und Bürokraten aus den Regionen. Ihre Parlamentsabgeordneten blockieren jegliche Marktreform im landwirtschaftlichen Sektor.

Der Wahlblock der Sozialistischen Partei und der Bauernpartei („Für Wahrheit, Volk, Ukraine!“) erreichte bei der Parlamentswahl 8,56 Prozent und 34 Sitze (29 über Parteilisten und fünf aus Direktwahlkreisen). Die gemeinsame Fraktion löste sich jedoch im Herbst 1998 auf: inzwischen besteht eine Fraktion ‚Linkes Zentrum‘ (Sozialisten/Bauernpartei) unter der Leitung von Moros mit 25 Sitzen und eine weitere eigene Fraktion der Bauernpartei unter der Leitung von Dowganj mit 14 Sitzen. Moros, der eine führende Rolle in der alten Kommunistischen Partei bis zu ihrem Verbot nach dem Moskauer Putsch 1991 spielte, gilt als unbestechlich und scheint im Unterschied zu vielen anderen führenden Politikern in keine Korruptionsaffären verwickelt zu sein. Er hatte bei der Präsidentschaftswahl 1994 13 Prozent im ersten Wahlgang erhalten – weit hinter Kutschma und dem ersten Präsidenten Krawtschuk. Obwohl er nach der Parlamentswahl mehrfach für den Parlamentsvorsitz kandidierte, war im Juli nach dreimonatigem Tauziehen der Kolchos-Apparatschik Tkatschenko (Bauernpartei) zum Parlamentspräsidenten gewählt worden. Es war seinerzeit in Kiew ein offenes Geheimnis, daß zwischen Kutschma und Tkatschenko eine Abmachung bestand, nach welcher Tkatschenko nicht als Präsidentschaftskandidat antritt und dafür im Gegenzug dessen Manipulationen um den Landmaschinenkonzern S emlja i Ljudy nicht weiter verfolgt werden. Moros hat die Zeit bisher auf vielen Inlands- und Auslandsreisen genutzt, um sein Standing für die Präsidentschaftswahl zu verbessern. Die Zustimmungsr ate für ihn liegt inzwischen bei zehn Prozent.

Mit der Unterstützung der Kommunisten, bzw. als gemeinsamer Kandidat der Linkskräfte, aber erst recht mit der vieldiskutierten erweiterten Unterstützung durch den milliardenschweren Hromada-Boß Lasarenko dürfte Moros der mit Abstand ge-

■ Die 1992 gegründete Bauernpartei hat eine vorwiegend ländliche Mitgliedschaft mit hohem Anteil von Kolchosdirektoren und Bürokraten aus den Regionen.

fährlichste Gegenkandidat gegen Kutschma sein. Inwieweit die Turbulenzen um Hromada (dessen Chef Lasarenko nach der Aufhebung seiner Immunität durch das Parlament am 17.2.1999 in die USA flüchtete und dort inzwischen politisches Asyl beantragt hat) die Chancen von Moros schmälern werden, ist zur Zeit noch nicht absehbar. Nach Ansicht von Moros wird der Einfluß des Präsidenten schwinden, wenn die Übergangsregelung der neuen Verfassung im Juli dieses Jahres endet, dank derer der Präsident wirtschaftspolitische Dekrete erlassen kann. Die dann eintretende Stärkung der Werchowna Rada und des Kabinetts würden automatisch die Rolle des Präsidenten, auch im öffentlichen Bewußtsein, einschränken.

Die immer wieder auftretenden Erwartungen, daß auch Tkatschenko als Präsidentschaftskandidat antreten werde, hat Moros bisher als „dumme Gerüchte“ hingestellt. Tkatschenko hat durch aufsehenerregende Reisen nach Moskau und kürzlich nach Minsk seine Strategie der Wiedererrichtung einer slawischen Bruderunion verfolgt und zum Entsetzen der nationaldemokratischen Kräfte in der Werchowna Rada eine Zwei-Drittel-Mehrheit für den Beitritt der Ukraine in die parlamentarische Versammlung der GUS erreicht. Es ist zur Zeit keineswegs ausgeschlossen, daß sich die Mehrheit der kommunistischen Abgeordneten zu einer Wahlplattform für Tkatschenko formieren, mit dem sie ohnehin den Großteil ihrer politischen Überzeugungen teilen.

#### *Progressive Sozialistische Partei (PSP)*

Die PSP ist eine Abspaltung von der Sozialistischen Partei als Folge des Konflikts um die Annahme des Verfassungskompromisses. Die Parteiführer Natalia Witrenko und Wolodymyr Martschenko gründeten darauf die ultrasozialistische PSP, die sich vor allem auf die Unzufriedenheit älterer sozialistischer Wähler über den angeblichen Schwenk nach rechts stützten. Die PSP übt auch eine gewisse Anziehungskraft auf Kommunisten in unteren Parteigliederungen aus.

Als extrem linke Partei will die PSP eine sowjetsozialistische Ukraine aufbauen, die unabhängig von Rußland und vom Westen ist. Sie kämpft für einen Systemwechsel, die Aufhebung der Verfassung und die Einführung eines Rätessystems. Das Wirtschafts-

■ Die PSP ist eine Abspaltung von der Sozialistischen Partei als Folge des Konflikts um die Annahme des Verfassungskompromisses.

programm sieht eine Rücknahme der Reformen, Notmaßnahmen für einen Übergang zum Sozialismus, staatliche Regulierung der Wirtschaft und Staatsmonopol für Außenhandel vor. Ferner Rückführung der Steuern, Steuerdispens für die nationale Produktion und hohe Luxussteuern. In der Außenpolitik tritt die PSP für ein GUS-Sicherheitssystem und ein stärkeres Engagement in der parlamentarischen Versammlung der GUS ein. Der Schwerpunkt liegt auf stärkerer Integration innerhalb der GUS und der Reduzierung von Kontakten mit dem Westen, etwa der NATO. Die jetzige Regierungspolitik führe zum Ausverkauf der Ukraine an den IWF und die Weltbank.

In ihrer Wahlkampagne vor einem Jahr hat die PSP sich besonders auf die östlichen, von einer tiefen ökonomischen Krise erfaßten Regionen konzentriert. Sie forderte ein *impeachment* des Präsidenten, attackierte sowohl Kommunisten als auch Sozialisten als unglaubwürdig sowie als mitschuldig an der unzureichenden Verfassung und unkontrollierten Korruption und versuchte sich als die einzig wahre sozialistische Partei darzustellen. Unter ihren Kandidaten waren vor allem Pensionäre und solche *businessmen*, die sich von den versprochenen Steuerermäßigungen angezogen fühlten. Die PSP kam mit dem zweitknappsten Ergebnis von 4,05 Prozent ins Parlament und bildete eine Fraktion mit 14 Abgeordneten. Beobachter sind der Ansicht, daß die Kandidatur von Frau Witrenko (mit einem derzeitig erstaunlichen Rating von 17 Prozent) von der Umgebung des Präsidenten insgeheim gefördert wird, um Stimmen von den als aussichtsreicher eingeschätzten Kandidaten Simonenko und Moros abzuziehen.

## ■ Linkes Zentrum

### *Hromada*

Hromada (Gemeinschaft), 1993 gegründet, führte bis 1997 ein Schattendasein im Gefilde der nationalen Kulturpolitik. Der im Juli 1997 entlassene Premier Pavlo Lasarenko und die Chefin des Energiekonzerns UUES Julia Timoschenko sorgten ab September 1997 als neue Parteiführer für einen schnellen Aufbau der Regionalstrukturen von Hromada mit Hilfe reicher *businessmen* und Kräften aus der regionalen Ex-Nomenklatura. Alsbald hörte man, daß Hromada

■ **Hromada (Gemeinschaft), 1993 gegründet, führte bis 1997 ein Schattendasein im Gefilde der nationalen Kulturpolitik.**



vor allem im Gebiet Dnepropetrowsk Arbeiter und Angestellte durch Geldzahlungen zum Erwerb der Mitgliedschaft motivierte. Die Zahl der Mitglieder soll bis auf 400 000 angeschwollen sein, ist inzwischen aber stark rückläufig.

Während der Wahlkampagne im Frühjahr 1998 genoß Hromada die höchste Medienaufmerksamkeit: der Konflikt zwischen Kutschma und Lasarenko (also innerhalb des Dnepropetrowsker Clans), die Ankündigung eines Schattenkabinetts und einer „Fundamentalopposition“ sowie die Aufhebung der Lizenzen zweier Lasarenko nahestehender Zeitungen ließen Hromada zusätzlich als Opfer von Regierungsverstößen gegen die Pressefreiheit erscheinen. Das Wahlprogramm enthielt viele Versprechungen (gegen Korruption, für mehr Bürgerbeteiligung in Regierung und Verwaltung, Garantie der Interessen jedes Bürgers und aller Eigentumsformen, Entbürokratisierung der Wirtschaft, Wiederbelebung der Produktion, Schaffung von Arbeitsplätzen, Auszahlung der Gehalts- und Lohnrückstände), ohne über die Finanzierung all dieser Maßnahmen Auskunft zu geben. Hromada hatte der ZWK als erste Partei ihre über eine Million umfassenden Unterschriftenlisten vorgelegt und lag an der Spitze bei der Wahlkampffinanzierung.

Hromada hatte 4,68 Prozent der Stimmen nach dem Verhältniswahlssystem (über Parteilisten) und damit 16 Mandate erhalten. Hinzu kamen acht Sitze aus den Direktwahlkreisen. Die Fraktionsstärke beträgt zur Zeit 43. Mehr als die Hälfte der Wählerstimmen erhielt die Partei allein im Oblast Dnepropetrowsk, wo Lasarenko jedem Rentner und Pensionär ein Handgeld von 20 Griwna hatte auszahlen lassen.

Die Partei hat sich im neuen Parlament den Vorsitz des wichtigen Haushaltsausschusses (Frau Timoschenko), des Antikorruptionsausschusses und des Ausschusses für Geschäftsordnung und Abgeordnetenethik gesichert. Hromada war seither an führender Stelle bei mehreren abgeschlagenen Mißtrauensanträgen gegen die Regierung und Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten initiativ geworden. Hierbei versuchte sich insbesondere die stellvertretende Parteivorsitzende Timoschenko in den Vordergrund zu spielen. Im Sommer 1998 wurde eine hohe Geldbuße gegen den Energiekonzern UUES wegen

■ Die Partei hat sich im neuen Parlament den Vorsitz des wichtigen Haushaltsausschusses, des Antikorruptionsausschusses und des Ausschusses für Geschäftsordnung und Abgeordnetenethik gesichert.

Manipulationen mit russischem Erdgas in den Jahren 1996/97 verhängt. Damit schien der Zugriff der Parteiführung auf ein durch dubiose Geschäfte angehäuftes Milliardenvermögen in Gefahr zu geraten.

Hromada kennzeichnete sich selbst zunächst als linkszentristische Partei und versuchte für seinen Kurs der „Fundamentalopposition gegen die Regierung“ die Sozialdemokraten, Grünen und auch die Sozialisten einzubeziehen. Die Bitte der Generalstaatsanwaltschaft und der ukrainischen Regierung an die Schweizer Behörden, Lasarenkos Milliarden Gelder auf Schweizer Konten einzufrieren und seine Verhaftung in der Schweiz im Dezember ließen die Chancen für die Kandidatur Lasarenkos und die Zukunft seiner Partei und Fraktion in neuem Lichte erscheinen. Am 17. Februar 1999 wurde auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft die parlamentarische Immunität Lasarenkos aufgehoben, um ihn wegen Korruption und Unterschlagung von Staatsgeldern vor Gericht stellen zu können. Lasarenko, der sich schon häufig als Ziel von Mordkomplotten sah, hatte rechtzeitig hiervon erfahren und sich ins Ausland abgesetzt. Inzwischen hat er politisches Asyl in den USA beantragt.

Als Reaktion auf diese Vorgänge hat sich Frau Timoschenko inzwischen von der Fraktion distanziert und mit weiteren Abgeordneten eine neue Fraktion mit der Bezeichnung „Vaterland“ gebildet. Es ist zur Zeit unklar, wie Hromada sich weiter verhalten wird. Sicher ist, daß das Ansehen der führenden Personen ganz erheblich gelitten hat. Die Fraktion könnte sich auflösen und der hohe Mitgliederstand der Partei sich stark reduzieren. Das Rating von Lasarenko als Präsidentschaftskandidat liegt zur Zeit mit knapp zwei Prozent an unterster Stelle.

## ■ Zentrum

### *Die Sozialdemokratische Partei SDPU(v)*

Diese Partei formierte sich nach einer Spaltung der Sozialdemokratischen Partei im April 1996 und vereinigte sich mit anderen linkszentristischen Gruppen. SDPU(v) gab zu Beginn der Wahlkampagne 1998 an, 20 000 Mitglieder zu haben. Als großen Erfolg feierte die Partei die Verbindung mit J. Martschuk, dem früheren KGB-Chef in der Ukraine und Premiermi-

■ **Die SPPU(v) formierte sich nach einer Spaltung der Sozialdemokratischen Partei im April 1996 und vereinigte sich mit anderen linkszentristischen Gruppen.**

nister bis Mitte 1996, der jedoch kein Parteimitglied wurde. Dieser brachte als Leiter der Deputiertengruppe ‚Sozial-marktwirtschaftliche Wahl‘ auch einen Teil dieser Abgeordneten mit in die SDPU(v). Mit Martschuk könnte die Partei einen aussichtsreichen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl haben; mit Krawtschuk hat sie bereits einen hohen Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit. Mit ihnen und den Wirtschaftsbossen Medwetschuk (neuer Parteivorsitzender) und Surkis gehören der Partei erstklassige Wahllokomotiven an, die auch über ausreichende Finanzmittel verfügen.

■ **Das Wahlprogramm 1998 konzentrierte sich auf den Aufbau einer sozial abgesicherten Marktwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf Eigentumsrechten, sozialer Schutz und soziale Sicherheit.**

Das Wahlprogramm 1998 konzentrierte sich auf den Aufbau einer sozial abgesicherten Marktwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf Eigentumsrechten, sozialer Schutz und soziale Sicherheit. Ferner auf administrative Reformen, ein neues Steuersystem zur Produktionsstimulierung sowie staatlich beaufsichtigte Gesetzgebung über Kauf und Verkauf von Grundeigentum. Außenpolitisch will die SDPU(v) verbesserte Beziehungen mit Rußland und unterstützt den von Kutschma und Jelzin unterzeichneten Freundschaftsvertrag. Sie tritt jedoch auch für die Integration der Ukraine in europäische Strukturen ein. Krawtschuk und Martschuk erhielten große Beachtung in den Medien, vor allem in der bedeutenden Martschuk nahestehenden Tageszeitung *Denj* (Der Tag). Viel Aufmerksamkeit erregte auch der Eintritt der Mannschaft des führenden Fußballklubs Dynamo-Kiew in die Partei. Der Wirtschaftsboß Surkis ist zugleich Präsident dieses Klubs. Obwohl in Opposition zu Kutschma, vermieden die SDPU(v)-Führer eine allzu konfrontative Taktik. Ihr Kampagnenstil war eher westlich geprägt und bürgernah. Bei der Registrierung von Unterschriften konnte die Partei mit 1,7 Millionen die höchste Zahl vorweisen. Die SDPU(v.) erreichte bei der Parlamentswahl 4,01 Prozent der Wählerstimmen nach Parteilisten und überwand die Vier-Prozent-Klausel nur knapp. Inzwischen hat sie eine Fraktion mit insgesamt 24 Abgeordneten gebildet.

Nach der Abspaltung einer Gruppe um den früheren Justizminister (und Parteichef bis Oktober 1998) Onopenko, der seiner Partei eine allzu große Nähe zum Präsidenten vorwarf, hat Martschuk offenbar Mühe, die Restpartei und Fraktion als Präsident-

schaftskandidat hinter sich zu scharen. Sein Rating als Präsidentschaftskandidat liegt momentan bei nur drei Prozent, doch ist er offenbar erfolgreich bemüht, eine parteienübergreifende Wählerplattform zu schaffen, die als wichtigste Inhalte den Aufbau einer Zivilgesellschaft in der Ukraine sowie eine Annäherung an europäische Institutionen zum Ziel hat. Einige neu gegründete sozialdemokratisch orientierte Parteien, aber auch solche des rechten Spektrums wie die Republikanische Partei, die Ukrainische Nationalkonservative Partei, die Organisation Ukrainischer Nationalisten und andere haben inzwischen ihre Unterstützung angekündigt. Im Februar wurde eine Wählerinitiative unter dem Titel „Mit Martschuk in das 21. Jahrhundert“ gegründet.

#### *Demokratische Volkspartei (DVP)*

Die aus dem Labor-Kongreß, Partei der Wiedergeburt und der Politikervereinigung ‚Neue Ukraine‘ 1995 gebildete DVP gilt als „Partei der Macht“, da ihr eine Anzahl von Regierungsmitgliedern und Gouverneuren angehören. Die Parteiliste wurde bei der Parlamentswahl von Premierminister Pustowojtenko angeführt. Die Entlassung des Premiers Lasarenko 1996 ist nicht zuletzt auf Korruptionsvorwürfe von Seiten der DVP zurückzuführen. Lasarenkos Nachfolger Pustowojtenko war schon 1994 Wahlkampfmanager von Kutmscha. Als ‚Präsidentenpartei‘ hat die DVP vor allem die Kritik der Hauptopponenten des Präsidenten, Moros und Lasarenko, auf sich gezogen, für welche die „Partei der Nomenklatura“ hauptverantwortlich für die Wirtschaftsmisere der vergangenen Jahre ist. In ihrem Wahlprogramm vom November 1997 betonte die DVP wirtschaftliche Stabilität, die Durchführung einer Steuerreform, Reduzierung der organisierten Kriminalität, ein verbessertes Investitionsklima, intensivierte Privatisierung und Integration der Ukraine in die Weltwirtschaft. In der Außenpolitik hält die DVP auf Äquidistanz zwischen den GUS-Ländern und der EU bzw. NATO.

In ihrer Wahlkampagne 1998 versuchte die DVP die Verantwortung für die anhaltende Wirtschaftskrise auf diejenigen Parlamentsmitglieder zu lenken, welche die Reformen und die Privatisierung behindert und damit auch das Haushaltsdefizit verursacht hätten. Die DVP führte eine professionelle Kampagne

■ **Die aus dem Labor-Kongreß, Partei der Wiedergeburt und der Politikervereinigung ‚Neue Ukraine‘ 1995 gebildete DVP gilt als „Partei der Macht“, da ihr eine Anzahl von Regierungsmitgliedern und Gouverneuren angehören.**

nach westlichem Muster – von Fernsehspots und Popkonzerten bis hin zu Kleinwerbmitteln. Mit ihrem Zugang zu erheblichen Finanzmitteln wurde allgemein damit gerechnet, daß die DVP die Vier-Prozent-Klausel überwinden würde. Das schwache Abschneiden mit 5,01 Prozent offenbarte jedoch nicht nur das geringe Vertrauen der Wähler in die „Partei der Macht“ und den Präsidenten, sondern auch die relative Wirkungslosigkeit der Regierungspropaganda.

Das Vorstandsmitglied der DVP Kuschnarjow wurde Ende November vom Präsidenten Kutschma aus seinem Amt als Chef der Präsidentialverwaltung entlassen, um den Wahlkampf für Kutschma zu organisieren, wie es in den Medien hieß. Er hatte bereits Kutschmas Wahlkampf 1994 mitorganisiert. Kuschnarjow will vor allem die Politikervereinigung ‚Neue Ukraine‘ aktivieren, die als eine parteiübergreifende Wahlplattform und Koalition rechter und rechtszentristischer Kräfte dienen soll. Deren Erfolgsaussichten werden von Beobachtern jedoch skeptisch gesehen, wie auch die Umstände der Amtsablösung Kuschnarjows nicht klar sind. Parteichef Matwijenko erklärte Anfang des Jahres, daß die DVP Kutschma zwar bis zum Ende der gegenwärtigen Amtsperiode unterstützen werde, machte aber die Unterstützung einer weiteren Kandidatur von Bedingungen der Partei abhängig, wozu strukturelle Wirtschaftsreformen und ein klarer Integrationskurs in EU und NATO gehörten. Als nationale Wahlplattform für Kutschma wurde kürzlich eine Initiative ‚Zlahoda‘ (Eintracht) von Premier Pustowojtenko in Verbindung mit dem stellvertretenden Parlamentssprecher Medwetschuk und dem früheren Präsidenten Krawtschuk (beide SDPU) gegründet.

#### *Partei der Grünen*

Die Partei der Grünen (registriert 1991) war bis vor kurzem noch eine relativ unbedeutende ökologische Gruppierung, die vor allem die Erinnerung an die Tschernobyl-Katastrophe wachhielt und für ein globales System ökologischer Sicherheit und gegen Atomenergie eintrat, ferner für Dezentralisierung der Wirtschaft und Reduzierung des Militärs sowie außenpolitisch für eine neutrale, blockfreie Ukraine.

■ Die Partei der Grünen (registriert 1991) war bis vor kurzem noch eine relativ unbedeutende ökologische Gruppierung, die vor allem die Erinnerung an die Tschernobyl-Katastrophe wachhielt und für ein globales System ökologischer Sicherheit und gegen Atomenergie eintrat.

Im November 1997 kündigte die Partei an, sie werde mit einer eigenen Parteiliste antreten. Es gelang ihr, eine Anzahl finanzkräftiger *businessmen* sowie Bankiers als Spitzenkandidaten zu gewinnen. Ihr Wahlkampf, von einer russischen PR-Firma entworfen und vom Medien-Tycoon Rabinowitsch unterstützt, richtete sich auf Protestwähler, wobei weniger politische Programmpunkte als das Versprechen einer heilen Welt im Vordergrund standen. Die Partei versuchte von dem Image einer umweltbewußten, korruptionsfreien Bewegung zu profitieren. Sie erreichte mit 5,44 Prozent und einer Fraktionsstärke von 26 einen überraschenden Erfolg. Unter ihren 1,5 Millionen Wählern war ein hoher Anteil von Jung- und Erstwählern.

Die Fraktion der Grünen hat bisher wenig Profil gezeigt. Sie sieht sich selber im Zentrum des Parteienspektrums, hat für die Wahl Tkatschenkos als Parlamentspräsident, gegen die Mißtrauensanträge gegen die Regierung und für den Beitritt zur parlamentarischen Versammlung der GUS votiert. Ende 1998 legte sie ein Programm unter dem Titel „Die Ökologie der Ökonomie“ vor, aus welchem sich jedoch wenig konkrete Initiativen für Umweltschutzmaßnahmen ergaben. Die Ukraine müsse ihre Kräfte zunächst auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau konzentrieren, bevor eine wirksame Umweltpolitik einsetzen könne. Hauptinhalte des Programms waren die Auszahlung der Gehalts- und Rentenrückstände sowie eine grundlegende Steuerreform mit dem Schwerpunkt auf Verbrauchssteuern für Alkohol und Tabak sowie Einkommenssteuern. Ferner Maßnahmen zur Sparförderung im Privatsektor und zur Einschränkung der Schattenwirtschaft.

Die Grünen haben sich bisher noch nicht entschieden, ob sie Kutschma, Martschuk oder den Rukh-Kandidaten Udowenko im Präsidentschaftswahlkampf unterstützen werden.

### *Rukh*

Rukh, 1989 gegründet, ging hervor aus der großen demokratischen Oppositionsbewegung früherer Dissidenten und war der Hauptmotor der Unabhängigkeitsbewegung. Bei den Wahlen von 1990 hatte Rukh 28 Prozent der Stimmen erhalten. Rukh-Mitglieder

■ Rukh, 1989 gegründet, ging hervor aus der großen demokratischen Oppositionsbewegung früherer Dissidenten und war der Hauptmotor der Unabhängigkeitsbewegung.

waren auch die Initiatoren des Referendums für ukrainische Souveränität und Unabhängigkeit 1991.

Nach der Wahl Wjatscheslaw Tschornowils zum Vorsitzenden 1992 splittierten verschiedene Gruppierungen ab und bildeten weitere zentristische Parteien. Bei der Parlamentswahl 1994 erhielt Rukh lediglich 26 Sitze. In der Folgezeit unterstützte die Rukh-Fraktion die Reformpolitik Kutschmas, was der Partei auch einige Führungspositionen in den Regionen und einen Ministerposten bescherte. In der Wahlkampagne 1998 betonte Rukh jedoch ihre Oppositionsrolle sowohl gegenüber der „Partei der Macht“ als auch gegenüber der kommunistisch und sozialistisch beherrschten Mehrheit im Parlament. Sie lehnte eine Einbeziehung anderer zentristischer Parteien in ein Wahlbündnis ab. Der Weg von der Unabhängigkeitsbewegung zu einer politischen Partei hat sich für Rukh nicht ausgezahlt. Die Mitgliederzahl ist immer weiter gesunken, von 280 000 vor zehn Jahren auf ca. 60 000. Auch zeigte sie kaum wirtschaftspolitisches Profil und galt in der Öffentlichkeit eher als Partei eines strikten Unabhängigkeitskurses und der „Wiedergeburt der ukrainischen Kultur“.

■ In ihrem Wahlprogramm 1998 präsentierte sich Rukh mit Initiativen zur Entwicklung der Verfassung und des Rechtsstaats, mit Entwürfen zum Wahl- und Parteiengesetz sowie mit Vorschlägen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

In ihrem Wahlprogramm 1998 präsentierte sich Rukh mit Initiativen zur Entwicklung der Verfassung und des Rechtsstaats, mit Entwürfen zum Wahl- und Parteiengesetz sowie mit Vorschlägen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Die Partei tritt für einen schlanken Staat ein, für eine Beschleunigung der Privatisierung und der Wirtschaftsreformen sowie für Steueranreize zur Förderung von Klein- und Mittelunternehmen, die zusätzliche Arbeitsplätze schaffen sollen. Im außenpolitischen Bereich ist Rukh für die Integration in die EU und langfristig auch in die NATO, den Rückzug aller ausländischen (sprich: russischen) Truppen aus der Ukraine und für die Erstattung des ukrainischen Anteils an den früheren Guthaben der Sowjetunion.

Rukh hat relativ gut ausgebaute Regionalstrukturen in der gesamten Ukraine, wobei der Schwerpunkt jedoch im Westen und in der Mitte des Landes liegt. Während die Partei im Westen als moderate zentristische Partei gesehen wird, gilt sie im Osten als nationalistisch. Rukh hatte bei der Parlamentswahl

9,40 Prozent der Stimmen (32 Listenmandate und 15 Direktmandate) erhalten.

Über die Aufstellung des Präsidentschaftskandidaten kam es bereits beim Parteitag Ende 1998 zu einem heftigen Konflikt. Tschornowil hatte sich zunächst gegen eine Reihe jüngerer Abgeordneter und die Nachwuchsorganisation durchgesetzt und Gennadij Udowenko als Rukh-Kandidaten vorgestellt, während die jüngere Rukh den charismatischeren früheren Umweltminister Juri Kostenko favorisierte. Udowenko kann auf eine lange diplomatische Karriere zurückblicken, zuletzt als Außenminister und Präsident der UN-Generalversammlung, ist aber im Lande weithin unbekannt. Ende Februar brach die Rukh-Fraktion in zwei Teile auseinander: eine Gruppe von 31 Abgeordneten unter der Führung von Kostenko und eine kleinere mit 16 Abgeordneten unter Tschornowil. Um die innerparteiliche Demokratie war es unter dem autokratischen und arrogant auftretenden Tschornowil schon immer schlecht bestellt. Gleich nach der Spaltung beschuldigte er seine Opponenten, sich von Parteigängern des Präsidenten und des früheren Premiers und KGB-Chefs Jewhen Martschuk kaufen zu lassen. Indessen kann Tschornowils Verdacht nicht einfach beiseite geschoben werden: Da weder Kutschma noch Martschuk Mitglieder einer Partei sind, halten politische Beobachter es durchaus für denkbar, daß beide ihre Bemühungen daraufhin koordinieren, Rukh als wichtigste nicht-linke Partei zu instrumentalisieren und einen Kollaps des Parteiensystems herbeizuführen.

Rukh steht nunmehr vor der Alternative, sich als erste demokratische Partei zu reformieren und zu modernisieren und damit das gesamte System zu stärken oder zur Selbstzerstörung des nationaldemokratischen Spektrums beizutragen. Der neue Rukh-Führer Kostenko spricht inzwischen von Verhandlungen mit allen nicht-linken Parlamentsfraktionen über die Bildung einer neuen Koalitionsregierung, die als Folge erneut angekündigter Mißtrauensanträge der Linken wegen der Agrarpolitik noch in diesem Frühjahr vom Präsidenten veranlaßt werden könnte.

### *Reformen und Ordnung*

Die im Sommer 1997 gegründete Partei, die von dem früheren Vizepremier und maßgebenden Wirtschafts-

■ **Rukh steht nunmehr vor der Alternative, sich als erste demokratische Partei zu reformieren und zu modernisieren und damit das gesamte System zu stärken oder zur Selbstzerstörung des nationaldemokratischen Spektrums beizutragen.**



■ Die Partei stellte ihre Wahlplattform unter das Motto „Vertrag mit den Bürgern der Ukraine“ und verpflichtete sich, alle 13 Artikel der politische, wirtschaftliche und soziale Reformen einzuhalten oder bei Nichteinhaltung zurückzutreten.

reformer Viktor Pinsenik und von Sergij Soboljew, dem Vorsitzenden der früheren Abgeordnetengruppe ‚Reformen‘, geführt wird, ging aus dem ebenfalls erst 1997 gegründeten christlich-demokratisch orientierten Wahlblock ‚Vorank Ukraine‘ hervor. Die Partei stellte ihre Wahlplattform unter das Motto „Vertrag mit den Bürgern der Ukraine“ und verpflichtete sich, alle 13 Artikel über politische, wirtschaftliche und soziale Reformen einzuhalten oder bei Nichteinhaltung zurückzutreten.

Neben ihrem Schwerpunkt in der Zentralukraine hatte ‚Reformen und Ordnung‘ 1998 auch Kampagnenstützpunkte in weiteren Regionen aufgebaut. Zielgruppen sind besonders junge Unternehmer, Intellektuelle, aber auch Rentner, mit Wahlaussagen über den Schutz sozial benachteiligter Schichten. Unter dem Slogan „Ordnung“ erhoffte man sich besondere Wirkung beim Militär und älteren Wählern. Ein Appell an die Parteiführer anderer Reformparteien zur Kandidatenabstimmung in den Wahlkreisen blieb wirkungslos.

‚Reformen und Ordnung‘ blieb bei der Parlamentswahl mit 3,13 Prozent unter der Vier-Prozent-Grenze, erreichte aber drei Direktmandate. Unter Führung von Pinsenik formierte sich eine kleine, von Rukh unterstützte Fraktion mit 13 Abgeordneten, deren Fraktionsstatus jedoch noch nicht geklärt ist. Rukh und ‚Reformen und Ordnung‘ bildeten Anfang Dezember einen politischen Block, dessen Hauptziel die Präsentation eines gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der demokratischen, reformorientierten Kräfte sein soll. Tschornowil hatte im Dezember seine prinzipielle Bereitschaft erklärt, den von ‚Reformen und Ordnung‘ favorisierten Kandidaten, den Präsidenten der Nationalbank, Viktor Justschenko, zu unterstützen. Die Partei ‚Reformen und Ordnung‘ ist zuversichtlich, daß eine Kandidatur Justschenkos gute Chancen hätte, vor allem wenn sie von weiteren demokratischen Kräften wie der DVPU und den christlich-demokratischen Parteien unterstützt wird. Noch ist allerdings unklar, ob Justschenko überhaupt antritt. Er scheint noch abzuwarten, ob sich eine ausreichend starke Wahlallianz für seine Kandidatur bildet.

Das Manuskript wurde am 19. März 1999 abgeschlossen.

## ■ Fraktionen im ukrainischen Parlament (450 Sitze)

Stand: 18. 3. 1999

| Nr. Fraktion  | Anzahl der Sitze | Wahlergebnis vom 29.3.98 (nach Parteilisten) | Anzahl der Parteimitglieder | Fraktionsvorstand                         |
|---|------------------|--|-----------------------------|---|
| 1. Fraktion der Kommunistischen Partei  | 122              | 24,65 Prozent                                | 160 000                     | Petro Symonenko                           |
| 2. Fraktion der Demokratischen Volkspartei  | 56               | 5,01 Prozent                                 | 20 000                      | Anatolij Matwijenko                       |
| 3. Rukh-Fraktion  | 31               | 9,40 Prozent                                 | 60 000                      | Juri Kostenko                             |
| 4. Rukh-Fraktion (I)  | 16               |  |                             | Wjatscheslaw Ischornowil                  |
| 5. Fraktion Hromada   | 20               | 4,68 Prozent                                 | 90 000                      | Leonid Kossakowski, Viktor Omelitsch      |
| 6. Fraktion Väterland (bis 3/99 Hromada)  | 23               |  |                             | Julia Timoschenko, Olexandr Turtschinow   |
| 7. Fraktion der Grünen  | 26               | 5,44 Prozent                                 | 6 000                       | Vitalij Kononow                           |
| 8. Fraktion der Sozial-demokratischen Partei  | 24               | 4,01 Prozent                                 | 79 840                      | Olexandr Sitschenko                       |
| 9. Fraktion „Linkes Zentrum“ (Sozialisten)  | 24               | 8,56 Prozent                                 | 34 000                      | Olexandr Moros                            |
| 10. Fraktion der Bauernpartei   | 15               |  | 20 000                      | Sergij Dowganj                            |
| 11. Fraktion der Progressiven Sozialistischen Partei  | 14               | 4,05 Prozent                                 | 5 000                       | Wolodymyr Martschenko                     |
| 12. Fraktion der Partei „Reformen und Ordnung“ „Reformen-Zentrum“ <sup>*,*</sup> (seit 12/98) | 13               | 3,13 Prozent                                 | 30 000                      | Viktor Pinzenik, Igor Ostasch, Iwan Bilas |
| 13. Abgeordnetengruppe „Unabhängige“  | 17               |  |                             | Walentina Goschowska                      |
| 14. Abgeordnetengruppe „Wiedergeburt der Regionen“  | 26               |  |                             | Wolodymyr Rybak, Kateryna Wasitschuk      |
| keiner Fraktion/Gruppe angehörende Abgeordnete  | 21               |  |                             |   |
| Gesamt  | 448              |  |                             |   |

\* Fraktionsstatus noch nicht geklärt, da nach der GO Mindeststärke von 14 Sitzen erforderlich.